

Region

Das neue Spital ist in Bern unumstritten

Biel/Brügg Die nächste Hürde ist genommen: Der Grosse Rat hat gestern dem 78-Millionen-Kredit für den Neubau des Spitalzentrums Biel zugestimmt. Für das Projekt war es das zweite klare Ja in Folge.

Carmen Stalder

Manchmal arbeiten die Mitglieder des bernischen Grossen Rates ihre Traktandenliste quälend langsam ab. Manchmal dagegen geht es kurz und schmerzlos voran – so wie gestern Nachmittag, als es um die Investition für den Neubau des Spitalzentrums Biel ging. Et was über eine halbe Stunde dauerte die Diskussion, dann war das Thema abgehakt – und das, obwohl es um ein gewichtiges Geschäft von 78 Millionen Franken ging. 148 Ratsmitglieder genehmigten den Kredit, Nein-Stimmen und Enthaltungen gab es keine. Das sei beinahe rekordverdächtig, kommentierte ein Sprecher dieses klare Ergebnis.

Bereits 2011 hat der Grosse Rat knapp 85 Millionen Franken gesprochen, damals jedoch für ein Umbau- und Sanierungsprojekt am jetzigen Standort im Beaumont-Quartier. 2018 fiel der strategische Entscheid der Spitalzentrum Biel AG (SZB), das ursprüngliche Bauprojekt nicht weiterzuverfolgen und stattdessen die Planung eines Neubaus voranzutreiben. Der Hauptgrund für diese Entscheidung: Die Lage im verkehrstechnisch schlecht erschlossenen Wohnquartier lässt einen wirtschaftlichen Betrieb nicht mehr zu.

Als neuer Standort wurde ein bisher unbebautes Areal in Brügg am Nidau-Büren-Kanal erkoren. Damit bleibt das Spital in der Region, ist aber um einiges besser erschlossen: mit direktem Autobahnanschluss, einer Buslinie sowie einem noch zu erstellenden Fussgänger- und Veloweg. Im April hat die Stimmbewölkerung von Brügg einem Planungskredit von 1,55 Millionen Franken mit fast 80 Prozent Ja-Stimmen zugestimmt. Es war ein erstes deutliches Bekenntnis zur Neuansiedlung des Spitals.

Nur ein Etappenziel

Die gestern genehmigte Umwidmung des ursprünglich für die Sanierung gesprochenen Kredits für den Neubau ist folglich eine

Auf der Wiese im Vordergrund soll das neue Spital gebaut werden.

MATTHIAS KÄSER

weitere überwundene Hürde auf dem langen Weg des Projekts. Entsprechend erfreut zeigte sich SZB-Verwaltungsratspräsident Thomas von Burg: «Das ist die zweite wichtige erfolgreiche Abstimmung in Folge und macht uns natürlich Mut.» Gleichzeitig sehe er die Zustimmung auch als Verpflichtung, sorgfältig mit dem gesprochenen Geld umzugehen.

Das einstimmige Resultat sei grossartig, freut sich auch Spitaldirektor Kristian Schneider, nachdem er die Debatte mitverfolgt hat. «Damit fühlen wir uns in unserer Strategie bestätigt, vom Hügel hinunter in die Ebene zu ziehen.» Das Anliegen des SZB sei von der Politik verstanden worden, gleichzeitig habe man selbst verstanden, was die Politik wollte: nämlich nicht zu gross zu bauen und die tatsächlichen Bedürfnisse abzudecken. Diese gehen in Richtung der Entwicklung «ambulant

vor stationär». Die Versorgungsleistung solle möglichst kostengünstig und wo möglich mit weniger Ressourcen erbracht werden – dies auch unter Berücksichtigung des akuten Fachkräftemangels.

Angst vor höheren Kosten

Das Geld, oder genauer die Finanzierung des für 200 Millionen Franken veranschlagten Neubaus, war denn auch Thema in den Voten der Grossrätinnen und Grossräte. Ein Abänderungsantrag von Michael Köppli (GLP) verlangte, dass der Kredit nur gesprochen wird, wenn der Beitrag vertraglich als festes Kostendach verankert wird. «Im Falle einer Kostenüberschreitung muss das SZB eine andere Finanzierungsquelle finden und kann nicht darauf zählen, dass die öffentliche Hand trotzdem zahlt», so Köppli. Sein Antrag wurde mit 102 Ja- zu 43-Nein-Stimmen gutgeheissen.

Bedenken äusserte auch FDP-Fraktionssprecher Christoph Zimmerli. Der tatsächliche Finanzbedarf sei offen, da in der Aufstellung mehrere Faktoren wie Teuerung, Reserve und Mehrwertsteuer ausgeklammert seien. «Es besteht eine erhebliche Wahrscheinlichkeit, dass die Kosten deutlich höher ausfallen und deshalb die Finanzierung nicht sichergestellt ist», so Zimmerli.

Insgesamt blieben die kritischen Voten jedoch deutlich in der Minderheit. Alle Fraktionen sprachen sich dafür aus, dem Kredit zuzustimmen. Und auch Gesundheitsdirektor Pierre Alain Schnegg (SVP) hielt sich in seiner Schlussrede kurz – es spreche schlicht alles für den neuen Standort. Das Resultat war denn auch nicht wirklich überraschend, abgesehen vielleicht von der Einigkeit über alle Parteigren-

zen hinweg. Nicht zuletzt windet der Verwaltungsratspräsident den Politikerinnen und Politikern ein Kränzchen: «Wir haben die Unterstützung der Grossrätinnen und Grossräte aus der Region gespürt, die für unser Projekt gewiebelt haben», sagt von Burg.

Es steht viel Arbeit an

Noch ist das Projekt allerdings nicht in trockenen Tüchern. Die Stimmbewölkerung von Brügg wird noch zwei weitere Male über das Geschäft befinden: über die Zonenplanänderung und ferner über Anpassungen an der Uferschutzplanung. Bis dahin will das SZB den Projektwettbewerb für den Spitalbau durchführen, das Baugesuch einreichen und schliesslich die Bewilligung in den Händen halten. Läuft alles nach Zeitplan, wird der Neubau nach vierjähriger Bauzeit 2028 eingeweiht.



Nachgefragt

«Künftig wird die Einbürgerung weniger günstig»



Beat Rüfli
Gemeindepresident

Pieterlen verschärft die Regeln bei Einbürgerungen. Unter anderem sollen die Gebühren steigen. Gemeindepresident Beat Rüfli (FDP) sagt, was geplant ist.

Die Einbürgerungspraxis in Pieterlen wurde verschärft. Künftig muss man unter anderem dem Gesuch ein Motivationsschreiben beilegen. Was ist der Hintergrund?

Bei den Einbürgerungsgesprächen hat sich gezeigt, dass die Motivationen sehr in eine Richtung gingen. Gesuchstellerinnen und -steller wollten vor allem den Schweizer Pass, was ja grundsätzlich nachvollziehbar ist. Wir aber haben vom Kanton und dem Bund den Auftrag, Personen zu integrieren.

Neu können Referenzen eingeholt werden, falls ein zweites Einbürgerungsgespräch stattfindet. Kann man sagen, dass man die Menschen ein bisschen mehr durchleuchten möchte?

Ja, durchaus. Wenn wir davon ausgehen, dass Kriterien wie beispielsweise der Spracherwerb nicht erfüllt werden, dann schauen wir etwas genauer hin. **Zudem werden die Gebühren überprüft und angepasst. Heisst das, dass Einbürgerung in Zukunft teurer wird?**

Wir haben unsere Gebühren mit denen anderer Gemeinden verglichen und gemerkt, dass wir sie ohne schlechtes Gewissen anpassen können. Sie werden zwar noch zahlbar sein, aber die Einbürgerung wird sicher künftig nicht mehr so günstig sein.

Können Sie hier konkrete Zahlen nennen?

Das muss noch diskutiert werden.

Kann man zusammenfassend sagen, dass man einfach weniger Leute einbürgern möchte?

Für uns ist es nicht eine Frage der Quantität. In den letzten Jahren lag die Zahl der Einbürgerungen durchschnittlich bei 20 Personen im Jahr. Wir haben gemerkt, dass wir weniger Menschen einbürgern können, wenn wir sicher sein wollen, dass wir bei der Integration alles richtig gemacht haben. **Ab wann ist die neue Praxis gültig?**

So rasch wie möglich. Sie sollte spätestens am 1. Januar 2022 in Kraft treten. Die Frage der Gebühren muss noch abgeklärt werden und danach vors Volk.

Interview: Canal3/sas/mic

FREIWILLIG INS MILITÄR

300 Tage im Militär sind ...

Können Sie, lieber Leser und liebe Leserin, sich vorstellen, was es bedeutet, 300 Tage im Militär zu verbringen? Wenn Sie diese Frage beantworten, denken Sie möglicherweise an Ihre eigene Militärlaufbahn zurück, vielleicht erinnern Sie sich an die Erzählungen Ihres Sohnes oder Ihrer Tochter oder Sie haben sich wie ich eine Vorstellung durch Geschichten von Freunden gebildet.

Vor meinem Militärdienst hörte ich einige sagen, wie elend lang der Durchdiener sei. Klagende Stimmen über ungenutzte Zeit oder dumme Arbeitsaufträge, die scheinbar nur zur Arbeitsbeschäftigung dienen. «Bist du sicher, dass du dir das antun willst?», warnten sie mich.

Auf alles gefasst, gut informiert und trotzdem ahnungslos ging es los. Jetzt befinde ich mich inmitten des Durchdieneralltags. Immer wieder ploppt der Gedanke auf: «Ach sooo läuft das».

Durch meinen persönlichen Einblick habe ich ein ganz neues Verhältnis zu Militärerfahrungen und -meinungen von anderen erhalten. Ein komplett neues Verständnis hat sich gebildet. Einige meiner Erlebnisse ähneln dem, was ich gehört hatte, andere stehen im totalen Gegensatz dazu. So erlebte beispielsweise auch ich Tage, an denen ich vom Warten müde wurde, solche an denen ich nur einen Knopf bediente, oder dass ich während fast einer Woche Unkraut entfernte.

In diesen Momenten fragte ich mich: «Sind das jetzt also die Situationen, vor denen ich gewarnt wurde?» «So furchtbar schlimm finde ich das also nicht», ging es mir dann wiederholt durch den Kopf.

Während sich einige Kameraden über jegliche Tätigkeit beschwerten, das «Scheiss»-Militär für jede Unannehmlichkeit verantwortlich machen und bereits am Sonntagabend sehnsüchtig dem neuen Wochenende entgegen blicken,

scheine ich häufig anders zu empfinden.

Der individuell unterschiedliche Umgang mit gewissen Situationen, obwohl die Umstände und der Auftrag vermeintlich gleich sind, hat mich geprägt. Ich habe in dieser Zeit nicht nur viel mehr Mitgefühl entwickelt, sondern auch eine ganz neue Vorstellung davon erhalten, wie vielfältig unsere Perspektiven und Wahrnehmungen sind.

In den letzten Wochen wurde ich vermehrt gefragt, ob mir das Militär immer noch gefalle und ob es immer noch spannend sei.

Nun ja, mein Durchhaltewille wird ab und zu auf die Probe gestellt. 25 Wochen erscheinen im Vergleich zu den 18 RS-Wochen lange. Wenn ich allerdings an die Diensttage meiner Wachmeister und meines Leutnants denke, relativiert sich meine zu leistende Dienstpflicht. Es ist kein Geheimnis, dass es Momente gibt, in denen ich mich auf meinen selbstbestimmten, selbstorganisierten Alltag freue. Aber allen Widrigkeiten zum

Trotz finde ich es nach wie vor gut, dass ich den Schritt ins Militär gewagt habe. Ich bin immer noch überzeugt, mit dem Rettungssoldat und dem Durchdienermodell für mich persönlich die beste Wahl getroffen zu haben. Nicht jeder Tag ist gleich spannend, und gewisse Tätigkeiten wiederholen sich. Und doch ist jede Woche ein bisschen anders und irgendwie finde ich immer einen Aspekt, den ich als Bereicherung sehe.

300 Tage können lang sein. Aber auch wenn die Gestaltungsmöglichkeiten als «einfacher» Soldat eingeschränkt sind, habe ich trotzdem das Gefühl, dass es Chancen gibt, dieses knappe Jahr als Spielraum zu nutzen, um seine Dienstzeit mitzugestalten und zu beeinflussen.

Info: Geraldine Maier, 22 Jahre alt, ist in Meinisberg aufgewachsen. Die bisherige Fernweh-Kolumnistin des BT ist Durchdienerin und als Rettungssoldatin in Bremgarten stationiert.



Geraldine Maier

Nachrichten

TWANN-TÜSCHERZ Wanderweg gesperrt

Die Gemeinde Twann-Tüscherz hat einen Wanderwegabschnitt zwischen Twann und dem Weiler Gaicht sperren lassen. Es handelt sich um den Waldpfad, der vom Weiler Mont Bijou über die «Schlossflue» Richtung «Holestei» führt. Grund der Massnahme ist, dass im Naturwaldreservat die Gefahr besteht, dass Bäume umstürzen und Personen verletzen. *mt*